

Politische Vorstösse auf kantonaler Ebene – wie sieht die Situation für Care Leaver*innen aus?

Interview mit Gael Plo, Vorstandsmitglied CLCH, Februar 2023



Gael Plo ist Vorstandsmitglied im Verein Careleaver Schweiz (CLCH) und auch Vorstandsmitglied des Vereins Careleaver Netzwerk Region Basel. Er leitet in beiden Vereinen jeweils das Ressort Politik. Neben seinem Engagement in den CL*-Selbstorganisationen studiert Gael Plo Wirtschaft an der FHNW und absolviert ein Praktikum als Auszubildenden-Recruiter bei der Firma Hoffmann La-Roche.

Lieber Gael, vielen Dank, dass Du für das Interview zugesagt hast. Wir stehen ja im regelmässigen Austausch mit Dir und dem Verein Careleaver Schweiz (CLCH), um gemeinsame Anliegen zu bündeln und Synergien zu schaffen und zu nutzen. Du bist unter anderem auf politischer Ebene sehr aktiv und hast Dich mit Christoph Eymann (Alt-NR der LPD für den Kanton Basel-Stadt bis November 2021) und Sarah Wyss (NR der SP für den Kanton Basel-Stadt seit Dezember 2020) vernetzt. Aus diesen Kooperationen sind zwischen 2020 und 2022 einige [Vorstösse auf Bundesebene zum Thema Leaving Care](#) entstanden. Inzwischen wurden auch in einigen Kantonen der Schweiz [Interpellationen bzw. Anfragen](#) eingereicht und dazu möchten wir gerne mehr von Dir erfahren.

Wie ist die Idee der kantonalen Interpellationen entstanden?

Es gab seit 2020 einige Vorstösse auf Bundesebene, was wir vom Verein Careleaver Schweiz sehr unterstützt haben. Den Start machte die Anfrage von Alt-NR Christoph Eymann im Juni 2020. Er fragte: «Können die Ziele privater Care-Leaver-Organisationen vom Bund unterstützt werden?» Darauf folgten im September 2021 die Interpellation von NR Sarah Wyss «Platzierungsstatistik zur Kinder- und Jugendhilfe» sowie ihr Postulat «Finanzierung des Lebensbedarfs von "care leavers" während der Ausbildung». Ausserdem reichten wir gleichzeitig die Petition «Careleaver-Status für alle ehemaligen Heim- und Pflegekinder» beim Bundesrat ein.

Im März 2022 schliesslich doppelte Sarah Wyss mit folgender Motion nach: «Unterbringung von volljährigen Heim- und Pflegekindern schweizweit nach Unterstützungsbedarf und nicht nach Altersgrenze vereinheitlichen».

Der Bundesrat anerkannte in seinen Antworten stets die Herausforderungen, vor denen Care Leaver*innen im Übergang ins Erwachsenenleben stehen. Er stellte auch Handlungsbedarf fest, verwies jedoch darauf, dass hauptsächlich die Kantone für die Kinder- und Jugendhilfe verantwortlich und damit auch für Massnahmen zugunsten von Care Leaver*innen zuständig seien. Er verwies auch auf die Empfehlungen der SODK und der KOKES zur ausserfamiliären Unterbringung, welche unter anderem die Unterstützung von Volljährigen bis zum Alter 25 umfassen.

Auch auf kantonaler Ebene haben wir Vorstösse eingereicht. Da ich im Kanton Basel-Stadt zuhause und auch politisch vernetzt bin, haben wir hier mit unserem politischen Engagement begonnen und zwar mit dem «Anzug Raoul I. Furlano und Konsorten betreffend Anerkennung eines Status "Careleaver" durch Amtsstellen des Kantons» im Kanton Basel-Stadt. In der Antwort heisst es unter anderem, im Hinblick auf den Careleaver-Status müssten auch bundesrechtliche Regelungen, nämlich im Zivil- und Ausländerrecht, angepasst werden.

Wir bzw. die Parlamentarier*innen sind also sozusagen mit unseren Anliegen vom Bund zu den Kantonen geschickt worden und umgekehrt von den Kantonen zum Bund.

Die Idee war dann, in möglichst vielen Kantonen der Schweiz Interpellationen einzureichen und damit die Kantone dazu zu bringen, zu Fragen Stellung zu nehmen, die für die Situation von Careleaver*innen wichtig sind.

Und was genau wollt ihr mit diesen Interpellationen in den Kantonen bewirken?

Wir wollen zum einen mit den Interpellationen die Kantone für die strukturellen Hürden sensibilisieren, die wir Care Leaver*innen erleben und hoffen, dass wir damit Anstösse für die Entwicklung oder Weiterentwicklung von gesetzlichen Grundlagen und der Praxis geben können. Beispielsweise damit Leistungen der Jugendhilfe in allen Kantonen bis 25 möglich sind.

Zum anderen wollen wir mit den Antworten auf die Interpellationen eine bessere Grundlage für weitere Vorstösse auf nationaler Ebene bekommen. Wir wollen aus den Antworten der Kantone Themen herausarbeiten, die auf der Ebene des Bundes angegangen werden müssen. Die Antworten der Kantone könnten ein Zeichen für den Bund sein, in einigen Themen die Verantwortung für Regelungen zu übernehmen.

Es gibt ja einige kantonale Interpellationen, die bereits beantwortet wurden. Wie geht es jetzt weiter?

In diesen Kantonen wollen wir nachdoppeln, zum Teil mit Nachfragen zu den bereits vorliegenden Antworten, zum Teil mit noch spezifischeren Fragen im Hinblick auf die Situation der Care Leaver*innen. In den anderen Kantonen, in denen es bis jetzt keine Vorstösse gab, wollen wir noch Vorstösse einreichen. Diese sollen politisch breit abgestützt sein, wie es übrigens in einigen kantonalen Interpellationen bereits der Fall war.

Sobald wir genug kantonale Antworten haben und sich gewisse Themen auf Bundesebene abgezeichnet hat, werden wir wieder auf der nationalen Bühne aktiv.

Vielen Dank für das Interview, Gael. Wir vom KLC unterstützen Euch vom Verein CLCH weiterhin gerne mit unserem Fachwissen zur Thematik.

*Auch interessierte Parlamentarier*innen und Fachpersonen beraten wir mit unserem Fachwissen zur Thematik, insbesondere zu den gesetzlichen Grundlagen sowie zur Praxis in den Kantonen.*

Für das KLC: Marie-Thérèse Hofer